

KOMPAKT



LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

**GUTE KAMPAGNEN
STATT ABSCHRECKUNG**

Wir müssen im Wettbewerb bestehen

POLITISCHE GESPRÄCHE

Der VLW bei den Landtagsfraktionen
und der Ministerin



VLW-LANDESVERSAMMLUNG IN TRIER



GESPRÄCH mit der Ministerin



PERSONELLE UNTERSTÜTZUNG

Schulen brauchen IT-Fachkräfte

03 DEN ANSCHLUSS NICHT VERLIEREN

Editorial von Karl-Heinz Fuß

04 GUTE KAMPAGNEN STATT ABSCHRECKUNG

Kommentar des Landesvorsitzenden

05 „TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE“ UND LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

Der VLW im Trierer Robert-Schuman-Haus

11 DIRK METTLER: „DIE BASIS ZU STÄRKEN IST EINES MEINER ZIELE

Bericht des Landesvorsitzenden zur
Landesdelegiertenversammlung 2023

12 LEHRBERUF ATTRAKTIVER GESTALTEN – LEHRKÄFTE STÄRKEN – LEHRKRÄFTE GEWINNEN

Entschließungsantrag

13 ANTRÄGE DER LANDESVERSAMMLUNG

19 WIR BRAUCHEN EINEN DIGITALEN HAUSMEISTER

Der VLW im Gespräch mit dem
Bildungsausschuss der SPD-Fraktion

20 RHEINLAND-PFALZ IST BEIM DIENST- FAHRRAD AUF EINEM GUTEN WEG

Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß trafen
MdL Daniel Köbler

21 BEIM DIGITAL-SUPPORT MÜSSEN DIE SCHULTRÄGER LIEFERN

Im Gespräch mit der Ministerin

23 IN ALLER KÜRZE & IMPRESSUM

24 FORDERUNGEN DES VLW

DEN ANSCHLUSS NICHT VERLIEREN



*Sie haben Anregungen
oder Wünsche? Dann
schreiben Sie mir unter
redaktion@vlw-rlp.de*

Liebe Leserin, lieber Leser,

bei der Erstellung dieses Heftes kam mir eine Liedzeile von Hannes Wader von Anfang der 70er Jahre in den Sinn. Sie lautet: „So vergeht Jahr um Jahr, und es ist mir längst klar, dass nichts bleibt, dass nichts bleibt, wie es war.“ Wenngleich diese Zeilen eher aus autobiographischer Sicht entstanden sind, beschreiben sie auch eine Erscheinung, welche die ganze Menschheitsgeschichte über zu beobachten ist. Gesellschaft unterliegt einem stetigen Wandel, und das ist gut so, wie ich meine. Allerdings nimmt dieser Wandel derzeit dermaßen an Fahrt auf, dass ich mich frage, ob unser staatliches Schulwesen in der Lage ist, auf all die Veränderungen frühzeitig und mit angemessenen Mitteln zu reagieren.

Vielmehr passt wohl das gern gewählte Bild des großen schweren Tankers, der nicht so schnell auf einen neuen Kurs gebracht werden kann. Wenn nun die Zyklen für erforderliche Kursänderungen immer kürzer werden, so wie dies aktuell durch die digitale Transformation, durch nicht prognostizierbare Migration und weitere Einflüsse der Fall ist, dann fährt der große Tanker der

Bildungspolitik erst einmal stur weiter. Geradeaus, denn Kursänderungen wirken erst mit einer gewissen Verzögerung. Deshalb ist jetzt schon klar, dass die Schule der Zukunft agil aufgestellt sein muss. Das bedeutet nicht, auf jede kleine Modeerscheinung zu reagieren, sondern vielmehr auf wissenschaftlichen Erkenntnissen fundierende Entscheidungen zu treffen.

Insbesondere für die berufsbildenden Schulen, an denen junge Menschen für den Beruf qualifiziert werden, ist es bedeutsamer denn je, dass diese auf Höhe der Zeit ausgebildet werden. Andernfalls droht die duale Berufsausbildung, zumindest auf schulischer Seite, den Anschluss zu verlieren. Davon betroffen ist auch der Lehrkräftenachwuchs. Zum ersten Mai ist die Zahl derjenigen, die in Rheinland-Pfalz an den BBS-Studienseminaren den Vorbereitungsdienst angetreten haben, mit 36 Personen auf ein Rekordtief gesunken. Es ist also höchste Zeit, die Attraktivität des Lehramts an BBS in den Fokus zu stellen.

Dass, ebenso wie unsere Schülerinnen und Schüler, viele potenzielle Nachwuchskräfte der Generation Z (ca. 1995–2012 geboren), anders

„ticken“ als vorherige Generationen, wurde von Prof. Gerholz beim VLW-Tag der kaufmännischen Schule in Trier humor- und eindrucksvoll dargestellt. Bei der anschließenden Landesdelegiertenversammlung hat der VLW eine dementsprechende Resolution verabschiedet, die Sie in diesem Heft, neben den weiteren beschlossenen Anträgen, nachlesen können. Ebenso zu diesem Thema finden Sie den Kommentar unseres Landesvorsitzenden. Aus dem Verbandsleben berichtete Dirk Mettler in seiner Eröffnungsrede in Trier. Selbstverständlich setzt sich der VLW bei der Ministerin und bei den politischen Landtagsparteien für die berufliche Bildung und für die Interessen seiner Mitglieder ein. Berichte dazu finden Sie ebenfalls in diesem Heft.

Bitte achten Sie darauf, was der Fehler-teufel in unserem Kalender ange-stellt hat. Den Hinweis dazu finden Sie auch in dieser Ausgabe des VLW kompakt.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr Karl-Heinz Fuß

GUTE KAMPAGNEN STATT ABSCHRECKUNG!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

allerorten ist vom Fachkräftemangel die Rede, fast an jeder Ladentür hängen Plakate, die um Arbeitskräfte und/oder Auszubildende werben. Der Arbeitsmarkt ist längst zu einem Arbeitnehmermarkt geworden. Daraus folgt, nach wirtschaftlicher Logik, dass die Arbeitgeber ihre Anstrengungen zur Gewinnung von Nachwuchskräften verstärken müssen. In der Privatwirtschaft scheint man dies schon lange verstanden zu haben, entsprechende Werbekampagnen sind nicht zu übersehen. Anders sieht dies jedoch bei unserem Dienstherrn aus. Bewerberinnen und Bewerber für den Vorbereitungsdienst genauso wie die Absolventinnen und Absolventen desselben werden von der Schulbehörde wie Bittsteller behandelt. Zusagen für einen Referendariatsplatz werden so kurzfristig verschickt, dass jene Bewerberinnen und Bewerber, die noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, auf das Wohlwollen ihres Arbeitgebers angewiesen sind, weil sie die gesetzliche Kündigungsfrist nicht mehr einhalten können. Dabei brauchen wir gerade diese fachlich hochqualifizierten und mit der Praxis vertrauten Menschen dringend in unseren Schulen! Für viele gibt es dann etwa anderthalb Jahre später, wenn sie kurz vor dem Examen und unter entsprechender Anspannung stehen, ein Déjà-vu: Statt konkreter Stellenzusagen gibt es seitens der Schulaufsicht nur nebulöse Aussagen über eventuell vorhandene Planstellen an noch nicht näher definierten Schulstandorten. Wen wundert es da, dass viele potenzielle Kolleginnen und Kollegen lieber woanders hingehen? Entweder – zu besseren Bedingungen – in benachbarte Bundesländer oder eben in die Privatwirtschaft.

Wann kapiert man in der Mittleren Bleiche endlich, dass wir Berufsbildner einen knallharten Wettbewerber



haben, der die Spielregeln des Marktes kennt und zu seinem Nutzen anzuwenden weiß? In diesem Punkt unterscheiden wir uns dramatisch von den allgemeinbildenden Schulen. Für einen Allgemeinbildner mit den Fächern Erdkunde und Sport sind die Alternativen zum Schuldienst wahrscheinlich überschaubar. Für Berufsbildner sieht dies jedoch grundlegend anders aus. Für sie gibt es in Handel, Dienstleistung und Gewerbe attraktive Jobangebote, etwa in der betrieblichen Ausbildung. Man kann sich also nicht darauf verlassen, dass Lehramtsstudentinnen und -studenten mit beruflichen Fächern auf die Segnungen des Staates angewiesen sind! Hinzu kommt, dass die derzeitigen Rahmenbedingungen für die eben bereits erwähnten Praktiker ohne Lehramtsstudium, die sich dennoch für das Lehramt interessieren, eher abschreckend wirken. Dabei brauchen wir diese Quereinsteiger dringend! Wer sonst soll denn etwa die vielen angehenden Erzieherinnen und Erzieher, um die sich das Bildungsministerium derzeit mit einer professionellen Kampagne bemüht, ausbilden?

Was man tun müsste, um den Beruf der Lehrkraft an BBSn attraktiver zu gestalten, wiederholen wir seit vielen Jahren gebetsmühlenartig. Auch bei unserer diesjährigen Landesdelegiertenversammlung haben wir unsere aktuellen Vorschläge in

einer Resolution zum Ausdruck gebracht. An mangelnden Ideen kann es also nicht liegen. Das Gegenteil bewirken würden die Vorschläge, die die „Ständige Wissenschaftliche Kommission“ bei der KMK in die Welt gesetzt hat. Deren Mitglieder müssen unter ständigen Alpträumen gelitten haben, anders lassen sich diese weltfremden Vorschläge aus dem Horrorkabinett wohl kaum erklären. Gott sei Dank scheint man das auch bei vielen Bildungspolitikern des rheinland-pfälzischen Landtags so zu sehen. Zumindest haben sie dies in den Gesprächen, die wir in den letzten Monaten mit ihnen geführt haben, stets betont. Sollten sie dies vergessen, werden wir sie daran erinnern.

Hinzu kommt noch, dass die „Generation Z“, die schon in den kommenden Jahren als neue Kolleginnen und Kollegen vor der Tür stehen wird, wie wir am Tag der kaufmännischen Schule gehört haben, völlig andere Vorstellungen über eine attraktive Arbeitswelt hat als die derzeit aktuellen Gegebenheiten. Auch im öffentlichen Dienst mit seinen festgefahrenen Strukturen wird man um eine Flexibilisierung nicht herumkommen. In letzter Konsequenz muss dann natürlich auch über andere Arbeitszeitmodelle nachgedacht werden. So weit sind wir aber noch nicht. Fürs Erste wäre schon viel erreicht, wenn der an sich attraktive und erfüllende Beruf der Lehrerin bzw. des Lehrers an einer Berufsbildenden Schule von Aufgaben entlastet würde, die für der Erfüllung der Kernaufgabe – das Unterrichten – eher hinderlich als hilfreich sind. Es ist ja verständlich, dass man seitens der Landespolitik gerne auf die Verantwortung der Kommunen in ihrer Rolle als Schulträger verweist. Zielführend und hilfreich ist dieses Schwarzer-Peter-Spiel allerdings nicht.

Dirk Mettler



**Der VLW mit einer
Doppelveranstaltung
zu Gast im Trierer
Robert-Schuman-Haus:**

„TAG DER KAUFMÄNNISCHEN SCHULE“ UND LANDESVERSAMMLUNG RHEINLAND-PFALZ

Am 24. April hatte sich der VLW Rheinland-Pfalz viel vorgenommen: Vormittags bildete der „Tag der kaufmännischen Schule“ den Auftakt zur fälligen Landesversammlung am Nachmittag. Ein dichtes Programm also, mit dem Keynote Speaker Professor Karl-Heinz Gerholz aus Bamberg und anschließender Podiumsdiskussion, nach einer Mittagspause gefolgt von Wahlen und der Diskussion und Verabschiedung von Anträgen.



Der Landesvorsitzende begrüßte die anwesenden Gäste und Delegierten, unter ihnen eine Delegation des vlbs Rheinland-Pfalz unter Führung ihres Landesvorsitzenden Harry Wunschel. Besondere Erwähnung fanden Stefanie Tischler als neue Bezirksvorsitzende des Bezirks Koblenz (verbunden mit dem Dank an den langjährigen Vorsitzenden Kurt Flöck), Michael Steuer als neuen Bezirksvorsitzenden des Bezirks Trier und der anwesende Heinz Werner Seyler, der seit Jahren unermüdlich und mit großem und erfolgreichem Einsatz unsere Website betreut und immer wieder den aktuellen Gegebenheiten anpasst (siehe Foto links).

Den Auftakt der Veranstaltung bildete ein Grußwort durch keinen Geringeren als einen der beiden Bundesvorsitzenden des BvLB, Pankraz Männlein, Schulleiter der BBS Bamberg. Pankraz Männlein war vor der Fusion der beiden Bundesverbände im Bundesvorstand des VLW lange zuständig für Fragen der Lehrkräfteausbildung an den Universitäten und berufsbildenden Schulen.

KEYNOTE ÜBER „GEN Z“

Als Motto hatte der Landesvorstand das Thema „Generation Z – wie lernen sie?“ vorgegeben und dazu interessante Gäste eingeladen, an der Spitze Professor Dr. Karl-Heinz Gerholz vom Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Universität Bamberg. In seinem – alles andere als wissenschaftlich-trockenen – Vortrag skizzierte er Möglichkeiten eines der „Generation Z“ angepassten Unterrichts und Lernens. Schon beim Berufsbildungskongress 2022 des BvLB in Berlin konnte er mit seinen

ZUR PERSON

Elisabeth Anacker, 30 Jahre alt, unterrichtet an der BBS II Kaiserslautern Gesundheit und Mathematik. Nach dem Abitur an einem Wirtschaftsgymnasium in Baden-Württemberg studierte sie an der Universität Heidelberg. Ihr Referendariat absolvierte sie an der Augusta-Bender-Schule in Mosbach im Odenwald und dem Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Berufliche Schulen) in Karlsruhe. Inzwischen wohnt sie in Kaiserslautern und verbringt ihre Freizeit gerne in der Natur.



vorstand freut sich auf die Zusammenarbeit und gratuliert Elisabeth Anacker herzlich zur Wahl!

Ein Entschließungsantrag des Landesvorstandes – ständiger guter Brauch auf unseren Landesversammlungen – bildete den Auftakt zur Antragsberatung. Er setzte sich auseinander mit den aktuellen Fragen der Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz, insbesondere auch mit einer Reaktion auf die teils abstrusen Forderungen der „Ständigen Kommission“ der KMK zum Thema Lehrkräftemangel und -bedarf. Kontrovers wurde es dann, wie zu erwarten war, mit einem nicht angenehmen Thema, nämlich einer Beitragserhöhung für unsere Mitglieder. Nach zwölf Jahren seit der letzten Anpassung schlugen Schatzmeister Jürgen Hatzfeld und der Landesvorstand eine maßvolle Beitragserhöhung vor, die dann auch – nach einer teils kontroversen Diskussion – bei sieben Ablehnungen mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Weitere Anträge beschäftigten sich u. a. mit bildungspolitischen Themen (Imagekampagne BBS, Lehrkräfteversorgung, Mangelfächer), aber auch mit den Forderungen der Gewerkschaft VLW (Wegfall der Kostendämpfungspauschale, Jobticket u. a.).

Es gelang – dank der umsichtigen Diskussionsleitung von Jürgen Hatzfeld und Andreas Seehaus – die Landesversammlung um 16.00 Uhr pünktlich zu schließen, der Landesvorsitzende bedankte sich für die disziplinierte und qualifizierte Antragsberatung und schickte die Delegierten auf den teils langen Heimweg.

GELUNGENE VERANSTALTUNG

Aus den zahlreichen Rückmeldungen sowohl der Delegierten als auch der Gäste ist zu schließen, dass wir eine gelungene Veranstaltung im Robert-Schuman-Haus erlebt haben. Der Dank gilt allen Beteiligten, Gästen, Delegierten, anwesenden Ehrenmitgliedern und Mitgliedern des Landesvorstandes.

Michael Lutz

Ausführungen zum Thema „Gestaltung beruflicher Bildungsprozesse als Chance“ die Zuhörenden fesseln, und der Landesvorstand nutzte die Chance, ihn für einen – ebenso unterhaltenden wie informierenden – Vortrag nach Trier zu holen. Auf einen ganz kleinen Nenner gebracht stellte Professor Gerholz Ansätze dar, wie auf die veränderten Lern- und Rezeptionsgewohnheiten der Generation Z (geboren zwischen 1997 und 2012) in unserem Unterricht reagiert werden muss, etwa mit an verkürzte Aufmerksamkeitsspannen angepassten Lehr- und Lernsequenzen. Veränderungen – ein Thema für die (berufsbildende) Schule seit alters her, und wer könnte das mehr verstehen als Berufsbildnerinnen und Berufsbildner?

PODIUMSDISKUSSION

In der anschließenden Podiumsdiskussion wurden die Thesen von Professor Gerholz diskutiert und vertieft, das Podium illustriert besetzt, neben Prof. Dr. Gerholz der Bundesvorsitzende des BvLB, Pankraz Männlein, unser Landesvorsitzender Dirk Mettler, Jutta Macher, Mitglied der Schulleitung an der BBS Mainz III und Patrick Grewis, Schulleiter der BBS Bernkastel-Kues und ehemaliger Fachleiter am Seminar – jeder auf dem Podium von Theorie und Praxis her Expertin oder Experte für Berufliche Bildung und Aus-

bildung von Lehrkräften an BBS. Michael Lutz als Moderator bemühte sich, den „theoretischen“ Thesen der Wissenschaft die praktischen Erfahrungen aus unseren Schulen gegenüberzustellen und dabei auch daran zu denken, dass der „Generation Z“ nicht nur unsere Schülerinnen und Schüler, sondern auch schon unsere Kolleginnen und Kollegen an den Seminaren angehören.

22 ANTRÄGE IN DER BERATUNG

Nach einer notwendigen Mittagspause begann dann die Landesversammlung des VLW Rheinland-Pfalz. Der Landesvorstand hatte für die Delegierten ein enges Programm vorgegeben. Zu Beginn gab der Landesvorsitzende Dirk Mettler seinen ersten Rechenschaftsbericht nach seiner Wahl in Bingen ab, gefolgt vom Bericht unseres Schatzmeisters Jürgen Hatzfeld. Der Landesvorstand wurde – nach dem Bericht der Kassenprüfer – von allen 84 anwesenden Delegierten einstimmig entlastet.

Der Landesvorstand schlug dann Elisabeth Anacker von der BBS Kaiserslautern II zur Wahl in den Landesvorstand vor. Sie wurde nach ihrer Vorstellung einstimmig gewählt und wird den Fachbereich „Gesundheit und Soziales“ im aktuellen Landesvorstand betreuen. Der Landes-



Ruth Jakob beim Empfang der Delegierten



Das Tagungspräsidium in Aktion:
Michael Lutz, Jürgen Hatzfeld und
Andreas Seehaus



VLW VERBAND DER
LEHRERINNEN UND LEHRER
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN
RHEINLAND-PFALZ E. V.

Ihr Partner für berufliche Bildung

Wir bieten

- ✓ Interessenvertretung gegenüber Politik und Schulbehörden
- ✓ Regelmäßige Information durch aktuelle Publikationen
- ✓ Beratung und Unterstützung in dienstlichen Angelegenheiten
- ✓ Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen
- ✓ Gesetzessammlung für Neumitglieder
- ✓ Dienst-Rechtsschutz

Jetzt Mitglied werden!

www.vlw-rlp.de



Jürgen Hatzfeld (links) und Pankraz Männlein

Bericht des Vorsitzenden zur Landesdelegiertenversammlung 2023

DIRK METTLER: „DIE BASIS ZU STÄRKEN IST EINES MEINER ZIELE“



Dirk Mettler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit der letzten Landesdelegiertenversammlung im Oktober 2021 sind nur anderthalb Jahre vergangen, wir sind also außerhalb unseres gewöhnlichen Rhythmus'. Und doch dient es dazu, wieder in den gewohnten Rhythmus zurückzufinden. Satzungsgemäß müssen wir uns nämlich alle zwei Jahre treffen und traditionell gibt es eine Versammlung im Vorfeld der Personalratswahlen, da bei uns die Delegierten über die Aufstellung der Listen entscheiden. Das wird im Herbst des nächsten Jahres wieder so weit sein.

Hinzu kommt, dass der für das Frühjahr 2021 geplante Tag der kaufmännischen Schule der Pandemie zum Opfer gefallen ist, sodass es auch hier mal wieder an der Zeit war, mit einer Fachtagung zu zeigen, dass wir mehr sind als eine Gewerkschaft, dass wir ein Fachverband für die berufliche Bildung im Allgemeinen und der Fachverband für kaufmännische Bildung im Speziellen sind!

Deshalb bot es sich aus unserer Sicht an, beides miteinander zu kombinieren und am selben Tag am selben Ort stattfinden zu lassen. Es ist für unseren Verband also ein

Novum und es ist auch gleich einiges schiefgegangen. Lediglich neun Ortsverbände haben Teilnehmer am Tag der kaufmännischen Schule gemeldet, sodass es einem Lotteriespiel glich, die Teilnehmerzahl zu finden, die wir ans Robert-Schuman-Haus gemeldet haben. Wir wollten ja einerseits sicherstellen, dass für jeden ein Platz da ist und niemand hungrig nach Hause fahren muss, ohne andererseits durch zu großzügige Planung finanzielle Mittel, die ja aus Ihren Mitgliederbeiträgen generiert werden, zu verschwenden.

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht die Verantwortung dafür auf andere abschieben. Offensichtlich ist es uns nicht gelungen zu kommunizieren, dass es sich im Grunde um zwei verschiedene Veranstaltungen handelt. Es zeigt aber auch, wie sehr wir auf die Basis, also auf die Ortsverbände, angewiesen sind.

Diese Basis zu stärken, ist eines meiner Ziele, mit denen ich vor anderthalb Jahren angetreten bin. Das funktioniert aber nicht von oben herab, weshalb ich Sie alle bitte, in Ihren Ortsverbänden danach zu schauen, wer für die Verbandsarbeit in Frage kommt und bei wem es sich lohnen könnte, ihn oder sie darauf anzusprechen.

Mein zweites Ziel besteht darin, junge Menschen für die Verbandsarbeit auf allen Ebenen zu gewinnen, also auch für die Bezirke und den Landesverband. Das ist uns glücklicherweise auch gelungen. Es freut mich, dass wir mit Stefanie Tischer von der LES Neuwied eine neue Bezirksvorsitzende in Koblenz haben, die – davon bin ich überzeugt – den Bezirk genauso erfolgreich führen wird wie ihr Vorgänger Kurt Flöck, dem ich an dieser Stelle nochmals herzlich Dank sage für die Arbeit, die er im Bezirk geleistet hat und auch immer noch leistet. Der Dank gilt selbstverständlich auch für die Arbeit im Landesvorstand.

Ebenfalls mit einem neuen Bezirksvorsitzenden – diesmal in der maskulinen Form – gesegnet ist der Bezirk Trier. Michael Steuer von der BBS Bernkastel-Kues leitet fortan die Geschicke des Bezirks, dabei wird er von Patrick Grewis und Jörg Schütz unterstützt.

Außerdem ist es uns gelungen, eine junge Kollegin zu finden, die den Geschäftsbereich Gesundheit betreuen möchte. Elisabeth Anacker von der BBS Wirtschaft KL ist bereits seit knapp einem Jahr als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand dabei und stellt sich heute Ihrem Votum.

Das dritte Ziel, das mir am Herzen liegt, ist die Verschmelzung unseres VLW mit dem vlbs zu einem neuen Verband, der sich mit vereinten Kräften für die Belange der BBS einsetzen kann. Erfreulicherweise konnten wir die Gespräche mit dem vlbs nach der Genesung des Landesvorsitzenden Harry Wunschel wieder aufnehmen. Nach meinem Eindruck sind wir auf einem guten Weg. Wir merken immer wieder, dass wir in vielen Dingen eine unterschiedliche Herangehensweise haben, die zu unterschiedlichen Strukturen und Prozessabläufen führt. Dank des intensiven Austauschs gelingt es beiden Seiten, die Denkweise der jeweils anderen Seite zu verstehen. Deshalb werden wir im Juni eine gemeinsame Klausurtagung der beiden Landesvorstände durchführen.

In einem weiteren Bereich, der nicht auf meiner Agenda stand, aber dennoch sehr wichtig ist, haben wir uns professionalisiert. Ich spreche von unserer Website, die jahrelang unser Sorgenkind war, bis sich Heinz Werner Seyler – übrigens aus Eigeninitiative – der Sache angenommen hat. Er hat die Seite komplett neu gestaltet, mit vielen nützlichen Funktionen, wie z.B. der Möglichkeit für die Mitglieder, Änderungen ihrer persönlichen Daten über ein Formular mitzuteilen, ausgerüstet und pflegt sie hingebungsvoll. Ich bin immer wieder fasziniert, wenn ich einen Wunsch äußere, der dann quasi „in Echtzeit“ ausgeführt wird.

Lieber Heinz Werner, wenn wir die Leistungen, die du so nebenbei für den Verband erbringst, bezahlen müssten, würde das unserem Schatzmeister Albträume bescheren. Deshalb ist es nur würdig und recht, wenn wir dir unseren Dank mit einer kleinen Aufmerksamkeit versüßen. Ich darf dich kurz nach vorne bitten.

Weiter professionalisiert hat sich auch unser Außenauftritt durch das neue Layout unserer Verbandszeitschrift

VLW kompakt, das wir der Initiative meines Vorgängers als Landesvorsitzender und gleichzeitig Nachfolgers als Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Karl-Heinz Fuß, verdanken. Wir haben da ein Produkt, das sich wirklich sehen lassen kann und den Vergleich mit den Zeitschriften größerer Verbände sicherlich nicht scheuen muss.

Etabliert ist inzwischen auch unser Newsletter, mit dem wir schnell und unkompliziert Informationen an unsere Basis transportieren können. Wenn Sie den Newsletter noch nicht abonniert haben, auch dazu findet sich eine Möglichkeit auf unserer Website.

Mit dem Abklingen der Pandemie haben wir auch den Draht zu politischen Ansprechpartnern wieder aufgenommen. Mit Bildungspolitikern der CDU- und der SPD-Fraktion haben wir bereits gesprochen, mit den Grünen haben wir im Mai einen Termin, ebenso mit der Ministerin. Diesen Termin haben wir bewusst so gelegt, dass wir Ihre Anregungen von heute mit in das Gespräch einfließen lassen können. Über die Ergebnisse werden wir in gewohnter Weise auf unserer Website und im VLW kompakt berichten.

Gestern war in den Nachrichten zu hören, dass sich die Tarifpartner des öffentlichen Dienstes nach langen und zähen Verhandlungen auf den Vorschlag der Schlichtungskommission geeinigt haben. Die Einigung steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Verdi-Mitglieder. Zu beachten ist, dass diese Einigung – so sie denn tatsächlich zustande kommt – für die Beschäftigten bei Bund und Kommunen gilt, also nicht für die Länder. Ich gehe aber fest davon aus, dass dieser Abschluss die Richtlatte für die Verhandlungen der TdL mit den Bundesländern sein wird, die im Herbst beginnen. Mit anderen Worten: Es würde mich wundern, wenn es uns gelänge, einen besseren Abschluss zu erreichen. Wir können aber auch nicht davon ausgehen, dass sich die Tarifparteien so ohne weiteres auf einen vergleichbaren Abschluss einigen. Ich erwarte vielmehr auch hier eine harte und zähe Auseinandersetzung. Deshalb ist es wichtig, dass die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes stark auftreten. Da wir nicht streiken dürfen – was ich als richtig erachte –, ist es umso wichtiger, dass alle die, die nicht durch eine konkrete Unterrichtsverpflichtung in der Schule gebunden sind, sich an den Demonstrationen beteiligen. Dann dauert die Korrektur der Klassenarbeit halt mal länger. Das ist dann auch eine Folge der Tarifauseinandersetzung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte folgen Sie unseren Aufrufen und beteiligen Sie sich an den Aktionen, wann immer es Ihnen irgendwie möglich ist! Wir können uns nicht mehr darauf ausruhen, dass die Straßenwärter, die erheblich schlechter bezahlt werden als wir, für uns die Kohlen aus dem Feuer holen.

Ich freue mich auf angeregte Diskussionen mit Ihnen an diesem Nachmittag und übergebe das Wort nun an unseren Schatzmeister.

Vielen Dank!



Was zeichnet die „Generation Z“ aus und was bedeutet dies im Umgang mit Lernenden und Lehrenden? Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz gibt dem interessierten Publikum aufschlussreiche Einblicke

Die Teilnehmerin und Teilnehmer der Podiumsdiskussion v. l. n. r.: Prof. Dr. Karl-Heinz Gerholz, Michael Lutz, Patrick Grewis, Jutta Macher, Dirk Mettler und Pankraz Männlein





Es galt, insgesamt über 23 Anträge abzustimmen ...



Das Tagungspräsidium in Aktion



Elisabeth Anacker stellt sich den VLW-Mitgliedern vor

ENTSCHLIESSUNGS- ANTRAG

Antragsteller: Landesvorstand

Lehrberuf attraktiver gestalten – Lehrkräfte stärken – Lehrkräfte gewinnen

Der VLW Rheinland-Pfalz hat auf seiner Landesversammlung am 24. April 2023 in Trier folgende EntschlieÙung verabschiedet:

Die Bildungspolitik und die Situation an den Schulen unseres Landes sind zurzeit in aller Munde, und schon ist von einer neuen „Bildungskatastrophe“ die Rede. Marode Schulgebäude, schwierige Schülerinnen und Schüler, fehlende oder unzureichend ausgebildete Lehrkräfte, unbefriedigender Stand der Digitalisierung sind nur einige der diskutierten Sachverhalte.

Die „Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz“ hat zum Umgang mit dem akuten Lehrkräftemangel unlängst ihre Empfehlungen abgegeben. Diese reichen von der „Erschließung von Beschäftigungsreserven“ (späterer Ruhestandseintritt, Wegfall von Altersermäßigungen, Reduzierung der Teilzeitbeschäftigung, aber auch: Entlastung von Organisations- und Verwaltungsaufgaben) über die Ausweitung des Potentials an qualifizierten Lehrkräften und Entlastungen durch Studierende und andere nicht qualifizierte Personen bis zur „Flexibilisierung des Einsatzes von Lehrkräften“ (Erhöhung der Selbstlernzeiten) bis zur Weiterentwicklung des Quer- und Seiteneinstiegs.

Die Empfehlungen der Kommission sind de facto Vorschläge zur De-Attraktivierung des Lehrberufs. Der Produktionsfaktor Arbeit im Bildungswesen soll – auf Kosten von Qualität und Attraktivität des Berufes – intensiver genutzt werden, Allenfalls als Alibimaßnahmen werden vorbeugende Maßnahmen zur Gesundheitsförderung vorgeschlagen (um die Folgen der Maßnahmen zu mildern?). Viel sinnvoller erscheinen Maßnahmen, die dazu geeignet sind, den Beruf der Lehrkraft attraktiver zu gestalten, die Lehrkräfte in ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit zu stärken und – angesichts der sich abzeichnenden massiven Mängelprobleme – qualifizierte Lehrkräfte zu gewinnen. Die Verbände und somit auch der VLW haben dazu seit Jahren immer wieder Vorschläge gemacht, denen in der Kultusbürokratie nicht gefolgt wurde. Im Einzelnen sind dies

A) VORSCHLÄGE ZUR STÄRKUNG DER LEHRKRÄFTE

Die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte müssen verbessert werden. Dazu gehören eine Senkung der Arbeits-

zeit, die Bildung kleinerer Klassen, eine Erhöhung der Entlastungsstunden für unterrichtsfremde Aufgaben und oder den Aufbau von Unterstützungssystemen für Lehrkräfte sowie den Ausbau von IT- und Verwaltungsunterstützung. Weiterhin besteht der VLW auf einer Eingangsbesoldung nach A14 für entsprechend qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber. Einen besser ausgebauten Gesundheitsschutz für alle sowie eine höhere Altersermäßigung für ältere Lehrkräfte würden dazu beitragen, die Belastungen durch eine heterogene und generell problematischere Schülerschaft zu mildern.

B) VORSCHLÄGE ZUR GEWINNUNG VON LEHRKRÄFTEN

In der Einstellungspolitik in den meisten Bundesländern, gerade auch in Rheinland-Pfalz, muss ein sofortiger Kurswechsel vollzogen werden. Die Zahl der Studienanfänger gibt hier zur größten Sorge Anlass. Das Angebot an Studienplätzen muss unverzüglich ausgebaut werden. Alle diese Maßnahmen werden nicht fruchten, solange nicht die Arbeitsbedingungen im Vorbereitungsdienst (Besoldung, Reisekosten, Entlastungen in der täglichen Arbeit und Stärkung der Mentorentätigkeit) verbessert werden. Analog zu den notwendigen Verbesserungen im Vorbereitungsdienst müssen attraktive Bedingungen für den Quer- und Seiteneinstieg geschaffen werden. Zur Vermeidung von Unterrichtsausfällen fordern wir auch nach wie vor eine Lehrkräfteversorgung von 105% im Bereich der berufsbildenden Schulen.

Der VLW Rheinland-Pfalz fordert dazu auf, sich an den Schulen und in der Öffentlichkeit gegenüber den Ministerien klar gegen die Empfehlungen der Kommission zu positionieren. Wir appellieren an das Bildungsministerium, unsere schon langjährig geäußerten Vorschläge zu diskutieren und endlich auf sie einzugehen.

Eines muss klar sein – die Probleme im Bildungssystem werden nicht zum Nulltarif zu lösen sein. Das Land Rheinland-Pfalz muss seiner föderalen Verantwortung für die Bildung endlich gerecht werden!

**EntschlieÙungsantrag:
Einstimmig angenommen.**

ANTRAG 1

Antragsteller: Landesvorstand

Betreff: Anpassung der Mitgliederbeiträge

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Die monatlichen Beitragssätze in der Beitrags- und Finanzordnung werden an die gestiegenen Kosten angepasst (Die geänderten Beiträge sind fett gedruckt).

Ab 1. Juli 2023 werden folgende Monatsbeiträge erhoben:

1.1 Höherer Dienst

- bis zur Hälfte der Wochenstundenzahl 8 €
- mehr als die Hälfte bis zu drei Viertel der Wochenstundenzahl 10 €
- mehr als drei Viertel bis zur vollen Wochenstundenzahl 12,50 €
- Altersteilzeit 10 €

1.2 Gehobener Dienst

- bis zur Hälfte der Wochenstundenzahl 7 €
- mehr als die Hälfte bis zu drei Viertel der Wochenstundenzahl 9 €
- mehr als drei Viertel bis zur vollen Wochenstundenzahl 11 €
- Altersteilzeit 9 €

1.3 Ehegatten (2. Beitrag) 8 €

1.4.1 Pensionärinnen und Pensionäre mit Doppelmitgliedschaft BRH 9 €

1.4.2 Pensionärinnen und Pensionäre ohne Doppelmitgliedschaft BRH 8 €

1.5 Referendarinnen und Referendare, Studierende und Mitglieder ohne Anstellung 2 €

1.6 Mitglieder in Elternzeit (ohne Bezüge und über mindestens 6 Monate Dauer) 2 €.

Bei Mitgliedern in Elternzeit, die in Teilzeit arbeiten, werden die normalen Beiträge gemäß dem Stundenumfang erhoben.

Begründung:

Die letzte Beitragsanpassung fand zum 1. Januar 2011, mithin vor 12 Jahren, statt. Seitdem konnten die Beiträge (auch durch erhebliche Sparmaßnahmen) konstant gehalten werden.

Die Kostenentwicklung der letzten Jahre

- gestiegene Portokosten
- Preiserhöhungen bei Papier und Versandverpackungen
- deutliche Steigerungen bei den Tagungskosten
- Erhöhung der abzuführenden Beiträge an unsere Dachorganisationen (BvLB und DBB)
- ein erweitertes und qualitativ verbessertes Informationsangebot für die Mitglieder (VLW-Kompakt, Newsletter, Homepage)

sowie weitere zu erwartende Kostensteigerungen lassen dies nicht mehr zu. In den letzten sechs Jahren war in der Folge ein ausgeglichener Haushalt zum Teil nur durch Auflösung von Rücklagen möglich.

Von den Kollegen Bernhard Bohrer (BBS Bingen) und Matthias Stahlhofen (BBS Ludwigshafen W1) werden Bedenken wegen des Zeitpunkts und des Ausmaßes der Erhö-

hung vorgetragen, es würde sich um eine Erhöhung um bis zu 25 % handeln. Der Schatzmeister begründet in der Diskussion nochmals die Notwendigkeit einer Erhöhung, Kurt Flöck weist auf die kommende Pensionierungswelle und damit verbundene Einnahmeausfälle hin.

Ein Antrag auf Schluss der Debatte findet die mehrheitliche Zustimmung der Delegierten.

Antrag Nr. 1: Zustimmung mit deutlicher Mehrheit, bei 7 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

ANTRAG 2

Antragsteller: Bezirksverband Koblenz

Betreff: Imagekampagne Berufsbildende Schule

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, die Berufsbildende Schule und ihre Bildungsangebote mittels einer Imagekampagne stärker in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit zu rücken.

Begründung:

Regelmäßig wird das Schulsystem in der Öffentlichkeit als zu undurchlässig kritisiert. Dabei bietet es zahlreiche Möglichkeiten, sich weiter zu qualifizieren und höhere Schulabschlüsse zu erlangen, sofern die Schulformen im BBS-System in die Betrachtung einbezogen werden. Außerdem wird das BBS-System für viele Schülerinnen und Schüler als besonders attraktiv wahrgenommen, da es nicht nur einen allgemeinen Erziehungs- und Bildungsauftrag erfüllt, sondern auch berufsorientierte Fachkenntnisse vermittelt.

Diese Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten müssen allerdings auch von potenziellen Schülerinnen und Schülern und von Erziehungsberechtigten wahrgenommen werden können. Dafür bedarf es gebündelter und gezielter Maßnahmen in der Kommunikation – eine Imagekampagne Berufsbildende Schule.

Antrag Nr. 2: Einstimmig angenommen.

ANTRAG 3

Antragsteller: Ortsverband Trier

Betreff: Kostendämpfungspauschale

Antrag:

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die versteckten Gehaltskürzungen wie z.B. die Kostendämpfungspauschale zurückgenommen werden.

Begründung:

Dieser Antrag spricht für sich selbst.

Antrag Nr. 3: Einstimmig angenommen.

ANTRAG 4

Antragsteller: Ortsverband Alzey

Betreff: Volle Kostenübernahme bei Fortbildungsveranstaltungen der JGU Mainz

Antrag:

Die Landesversammlung möge beschließen, dass der Landesvorstand darauf hinwirkt, dass die Teilnahmegebühren

für Fortbildungsveranstaltungen an der JGU Mainz vollständig vom Dienstherrn übernommen werden.

Begründung:

Das Zentrum für wissenschaftliche Weiterbildung der Johannes Gutenberg-Universität Mainz bietet regelmäßig interessante und für Lehrkräfte relevante Fortbildungen an. Lehrkräfte aus Rheinland-Pfalz müssen bislang 50% der Gebühren als Eigenbeteiligung tragen. Da es sich um Fortbildungen handelt, die dem dienstlichen Interesse dienen, sollte die Eigenbeteiligung entfallen.

Antrag Nr. 4: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 5

Antragsteller: *Ortsverband Worms*

Betreff: *Zuschuss zum 49-Euro-Ticket*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen vorzugsweise die Möglichkeit zu einem Deutschland-Jobticket oder auf Antrag einen Zuschuss zum 49-Euro-Ticket erhalten können.

Begründung:

Zum 1. Mai 2023 wird in Deutschland das 49-Euro-Ticket für den Nahverkehr eingeführt. Diese Maßnahme ist Teil der angestrebten Verkehrswende zum Ziel der Abmilderung des Klimawandels. Zurzeit nutzen viele Kolleginnen und Kollegen ihren privaten PKW, um von ihrem Wohnort zur Schule zu kommen. Als im vergangenen Jahr temporär das 9-Euro Ticket eingeführt wurde, wechselten etliche dieser Kolleginnen und Kollegen in dieser Zeit auf die umweltfreundlichen öffentlichen Verkehrsmittel.

Es muss im Interesse einer rot-grün-gelben Landesregierung sein, dass sich dieser Trend ab Mai wieder fortsetzt. Allerdings wird das Nahverkehrsticket mit 49 Euro künftig erheblich teurer angeboten als im vergangenen Jahr und hat damit an Attraktivität verloren. Um die Kolleginnen und Kollegen dennoch zu einem dauerhaften Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, ist daher ein zusätzlicher finanzieller Anreiz notwendig.

Da nicht wenige Kolleginnen und Kollegen an Orten wohnen, die mit einer geeigneten öffentlichen Verkehrsverbindung erschlossen sind, wäre die Bezuschussung derjenigen, die das Ticket nutzen möchten, ein sinnvoller Weg und ein starkes Signal für die Verkehrswende.

Antrag Nr. 5: *In der abgeänderten Fassung mit Mehrheit bei 21 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 6

Antragsteller: *Ortsverband Bingen*

Betreff: *Prüfung der Zulässigkeit der Versendung von Korrespondenz über die Dienstpost*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, welche Korrespondenz der Kolleginnen und Kollegen als dienstlich gilt und über die Dienstpost versandt werden darf.

Begründung:

In einem aktuellen Schreiben weist die Kreisverwaltung

Mainz-Bingen darauf hin, dass Beihilfeanträge nicht über die Dienstpost versendet werden dürfen.

Da es in der Vergangenheit schon mehrfach ähnliche Fälle gab, wäre eine grundsätzliche Prüfung sinnvoll, welche Korrespondenz der Kolleginnen und Kollegen als Dienstpost gilt und entsprechend versandt werden darf.

Antrag Nr. 6: *Bei einigen Enthaltungen mit überwiegender Mehrheit abgelehnt.*

ANTRAG 7

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*

Betreff: *Versorgung der Schulen mit Lehrkräften*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten, auf eine Ausstattung der Schulen mit zusätzlichem Lehrpersonal hinzuwirken.

Begründung:

Sowohl der strukturelle als auch der temporäre Ausfall von Lehrkräften führt zu einer Unterversorgung der Lerngruppen. Diese fällt in eine Zeit, in der sich die vielfältigen Folgen der Pandemie in den weiterführenden Schulen, auch in den BBSen, voll entfalten.

In Feedback-Gesprächen werden die Schulen von der ADD aufgefordert, Unterrichtsausfälle zu reduzieren. Die zur Verfügung stehenden Mittel, z. B. PES-Verträge, sind aber nicht flexibel genug, um diese Ausfälle zu kompensieren, insbesondere nicht beim temporären Ausfall.

Förderunterricht, der in dieser Situation dringend geboten ist, kann aufgrund der Personalknappheit nicht erteilt werden, was die Situation in den Jahren, in denen die Pandemiefolgen aufgeholt werden müssten, weiter verschärft.

Anstelle von punktuellen Projekten (z. B. „Aufholen nach Corona“) führt alleine eine bessere Ausstattung der Schulen mit Personal, konkret eine Überpersonalisierung, zur adäquaten Unterrichtsversorgung und zu der Möglichkeit, die dringend benötigte Förderung anzubieten. Die Schulen benötigen keine vermeintlich „korrekte“ Ausstattung mit Lehrkräften, sondern ausreichende Spielräume, damit sie das Unterrichtsangebot und die individuelle Förderung aufrechterhalten können.

Antrag Nr. 7: *Einstimmig angenommen*

ANTRAG 8

Antragsteller: *Ortsverband Bingen*

Betreff: *Sicherstellung der Lehrkräfteversorgung durch Übernahme der Referendarinnen und Referendare*

Antrag:

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich weiterhin für eine Übernahme der in Rheinland-Pfalz ausgebildeten Referendarinnen und Referendare einzusetzen, um mittel- bis langfristig den Lehrkräftebedarf an berufsbildenden Schulen sicherzustellen.

Begründung:

Noch immer werden in Rheinland-Pfalz einige Referendarinnen und Referendare nicht in den Schuldienst übernommen, auch wenn sie sehr gute Examen abgelegt haben.

Der Verweis der ADD auf den aktuellen Bedarf ist kurzfristig und die Vertröstung der betroffenen jungen Kolle-

ginnen und Kollegen mit befristeten Verträgen und reduzierten Deputaten ist unattraktiv und treibt diese in andere Bundesländer.

Der Hinweis der ADD, sich noch einmal zu melden, falls ein Angebot eines anderen Bundeslandes vorliegt, ist zynisch und unseriös.

Die kurzsichtige und unattraktive Personalpolitik der ADD ist vor dem Hintergrund der bevorstehenden Pensionierungswelle unverantwortlich und führt dazu, dass immer weniger Studentinnen und Studenten ein Referendariat und Lehramt in Rheinland-Pfalz anstreben. Dadurch werden die sich schon jetzt abzeichnenden Personalprobleme an den Schulen weiter verschärft.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht und aus Sicht der Steuerzahler ist diese Personalpolitik der ADD außerdem eine große Geld- und Ressourcenverschwendung.

Antrag Nr. 8: *Mit der Ergänzung („weiterhin“) einstimmig angenommen.*

ANTRAG 9

Antragsteller: Ortsverband Mainz 3

Betreff: *Lehrkräftenachwuchs – Einstellung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärtern*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land die Einstellung von Lehramtsanwärtern und -anwärterinnen mit größerem Nachdruck verfolgt als bisher.

Begründung:

Die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter zumindest im Studienseminar Mainz scheint auf einem Allzeit-Tief angekommen zu sein. Somit erscheint die Sicherung des Lehrkräftenachwuchs gefährdet.

Selbst ehemalige Studierende sowie PES-Kräfte, die sich während ihrer Praktika oder Einsätze an rheinland-pfälzischen Schulen eine Beziehung zu einzelnen Schulen aufgebaut haben, treten angebotene Stellen nicht immer an. Hier ist ein Überdenken der bisherigen Praxis erforderlich.

Mögliche Ansatzpunkte können sein:

- Fortführung der Adressatenorientierung der Website „Lehrerin oder Lehrer werden“ im kompletten Bewerbungs- und Stellenzuteilungsprozess
- Informationsveranstaltungen der ADD für die Studierenden in einschlägigen Studiengängen (z.B. Wirtschaftspädagogik, Lehramt Gesundheit) an den Universitäten des Landes
- schnellere und verbindlichere Kontaktaufnahme von Seiten der ADD, nachdem Bewerbungen eingegangen sind, um damit eine Bindung an das Land RLP zu erzielen
- ggf. eine Vereinfachung des Bewerbungsprozesses und ein klarer Zeitplan der Prozess-Schritte zwischen Bewerbung und Einstellung

Antrag Nr. 9: *Einstimmig angenommen.*

ANTRAG 10

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)

Betreff: *Quereinstieg*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

Begründung:

An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht allein decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger – ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

Antrag Nr. 10: *Die Delegierten beschließen einstimmig die Überweisung des Antrags an den Landesvorstand.*

ANTRAG 11

Antragsteller: Ortsverband Trier (Studienseminar)

Betreff: *Masterabschlüsse*

Antrag:

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“ im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden.

Begründung:

Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science“, der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science“ häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

Antrag Nr. 11: *Bei 3 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 12

Antragsteller: Ortsverband Worms

Betreff: *Lehrbefähigung in Mangelfächern*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Die Vertreter des VLW im Hauptpersonalrat werden gebeten sich beim Ministerium für Bildung dafür einzusetzen, dass Kolleginnen und Kollegen mit einem Fachstudium + Referendariat oder einer in einem anderen Bundesland erworbenen Lehrbefähigung (auch) in Rheinland-Pfalz die Lehrbefähigung für ein identisches oder verwandtes Mangelfach erhalten.

Begründung:

Die Schulformen der berufsbildenden Schule können nur dann attraktiv gehalten werden, wenn die laut Stunden-tafel vorgesehenen Fächer auch unterrichtet werden können.

Im Bereich des Beruflichen Gymnasiums Gesundheit und Soziales besteht ein akuter Mangel an Kolleginnen und Kollegen mit der Lehrbefähigung in den Fächern Pädagogik und Psychologie, so dass etwa Schülerinnen und Schüler möglicherweise in diesen Fächern nicht wie gewünscht einen Leistungskurs besuchen können.

Dem Mangel könnte in Teilen abgeholfen werden, wenn das Landesprüfungsamt Kolleginnen und Kollegen mit der Lehrbefähigung in Sozialpädagogik die Lehrbefähigung in Pädagogik zuerkennt oder einen Weg aufzeigt, wie diese durch den Besuch von Lehrveranstaltungen an der Universität erworben werden kann. Dies ist bislang nicht der Fall.

Ebenso erkennt das Land Rheinland-Pfalz zum Teil die Lehrbefähigung in Psychologie nicht an, wenn diese in Nordrhein-Westfalen erworben wurde.

Antrag Nr. 12: *Mit der Änderung einstimmig angenommen.*

ANTRAG 13

Antragsteller: *Ortsverband Trier*

Betreff: *Systembetreuung durch Fachpersonal vom Land*

Antrag:

Der Landesverband möge sich dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung ein „Digitaler Hausmeister“, also Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

Begründung:

Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalen Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüche deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knapper werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

Antrag Nr. 13: *Bei 3 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 14

Antragsteller: *Ortsverband Worms*

Betreff: *Wiedereinführung der EDV-Betreuungspauschale*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass an Schulen, bei denen eine adäquate EDV-Betreuung durch den Schulträger nicht gewährleistet werden kann, optional wieder die EDV-Betreuungspau-

schale in Anspruch genommen werden kann.

Begründung:

Im Rahmen des Digitalpakts wurden die Schulen mit einer digitalen Infrastruktur und entsprechenden Medien ausgestattet. Offenkundig wurde aber die Betreuungsintensität der nun vorhandenen Medien unterschätzt. So fallen auch bei den neuen Geräten häufiger Wartungs- und Servicetätigkeiten an, die eine zügige Betreuung vor Ort erfordern.

Bei den Schulträgern sind jedoch viele Stellen im Bereich der IT aufgrund des Fachkräftemangels unbesetzt. In der Folge ziehen sich Wartungs- und Servicetätigkeiten zum Teil über mehrere Tage oder gar Wochen hin. In dieser Zeit kann in den entsprechenden Räumen der Unterricht nicht in der dem digitalen Standard entsprechenden Qualität durchgeführt werden.

Um im schulischen Tagesgeschäft unkompliziert Abhilfe zu schaffen, erklären sich Kolleginnen und Kollegen bereit, den First-Level-Support oder darüber hinaus gehende Tätigkeiten durchzuführen. Da es für diese mitunter zeitintensiven Tätigkeiten keine Ermäßigung gibt, geht dies zu Lasten des von den entsprechenden Kolleginnen und Kollegen zu erteilenden Unterrichts oder zu Lasten der 3/6 Pauschale, welche für Tätigkeiten im Bereich der Schulentwicklung gedacht ist. Folglich stehen so noch weniger Ressourcen für eine Qualitätssteigerung des Unterrichts zur Verfügung.

Antrag Nr. 14: *Bei 2 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 15

Antragsteller: *Ortsverband Alzey*

Betreff: *Stärkung multiprofessioneller Teams an berufsbildenden Schulen*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen, dass der Landesvorstand darauf hinwirkt, die multiprofessionellen Teams an berufsbildenden Schulen zu stärken. Dies umfasst die IT-Betreuung, die Schulsozialarbeit, die Schulpsychologie und die Verwaltung.

Begründung:

Die außerunterrichtlichen Belastungen an BBS haben erheblich zugenommen. Als Gründe seien nicht abschließend die Digitalisierung, Inklusion, zunehmende Verwaltungsaufgaben und bei der Schülerschaft die zunehmende Heterogenität, Lerndefizite sowie psychische und soziale Probleme genannt. Eine Stärkung der im Antrag genannten multiprofessionellen Teams ist erforderlich, um den Lehrkräften wieder die benötigte Zeit für ihre eigentliche Aufgabe, d.h. das Unterrichten und die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu geben.

Antrag Nr. 15: *Bei 11 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 16

Antragsteller: *Ortsverband Mainz 3*

Betreff: *Schaffung zusätzlicher psychosozialer Angebote*

Antrag:

Der Landesvorstand wird gebeten, darauf hinzuwirken, dass das Land den Schulen zusätzliche psychosoziale Angebote (Ausweitung der Schulsozialarbeit, vor Ort tätige Schulpsychologen) zur Verfügung stellt.

Begründung:

Die BBSen werden aktuell von vielen Schülerinnen und Schülern besucht, die Teile ihres siebten und achten Schuljahres bzw. ihres achten und neunten Schuljahres im Lockdown verbracht haben, woran sich ein Schuljahr mit weiteren Herausforderungen (Quarantänephasen, Unterrichtsausfall durch Krankheitswellen, Zeitverluste durch Selbsttest- und Pandemiemanagement) anschloss.

Diese Schuljahre und die allgemeine Situation in der Pandemie haben zu einer Vielzahl von Belastungen der Schülerinnen und Schüler geführt, die diese Schülerinnen und Schüler nach wie vor begleiten. Die Schulsozialarbeit vor Ort und die Beratungszentren des Schulpsychologischen Dienstes leisten hervorragende Arbeit. Es werden aber mehr dieser Angebote benötigt, im Falle der Schulpsychologie vor allem niederschwellig nutzbare Angebote vor Ort, die die Betroffenen ohne vorherige Terminvergabe direkt in der Schule aufsuchen können.

Antrag Nr. 16: *Bei 2 Enthaltungen angenommen.*

ANTRAG 17

Antragsteller: *Bezirksverband Koblenz*

Betreff: *Schulsozialarbeit an Berufsbildenden Schulen*

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass alle Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an BBSen in Rheinland-Pfalz Schülerinnen und Schüler aller Schulformen der jeweiligen Schule betreuen dürfen.

Begründung:

Aktuell sind viele Schulsozialarbeiter-Stunden an Schulformen gebunden, z.B. BVJ und BF. Der Betreuungs- und Beratungsbedarf nimmt jedoch auch in anderen Schulformen stetig zu. Hier sollte Schulsozialarbeit eine adäquate Betreuung und Beratung aller Schülerinnen und Schüler gewährleisten können.

Daher ist es dringend notwendig, die Bindung der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an Schulformen aufzuheben.

Schulsozialarbeit muss für alle Schülerinnen und Schüler verfügbar und zugänglich sein!

Antrag Nr. 17: *Einstimmig angenommen.*

Die Anträge 18 und 19 werden gemeinsam behandelt.

ANTRAG 18

Antragsteller: *Ortsverband Kaiserslautern*

Betreff: *Fehlzeitenregelung*

Antrag:

Der Landesvorstand soll sich gegenüber der Landesregierung dafür einsetzen, dass für die Schülerinnen und Schüler in Wahlschulen zum Erreichen des Schulzieles verpflichtend eine Anwesenheitspflicht von mindestens 85% der gesamten Unterrichtszeit je Fach/Kurs eingeführt wird.

Begründung:

Seit Jahren steigen die Fehlzeiten in diversen Wahlschulformen an. Ordnungsmaßnahmen greifen meistens zu kurz, weil die Schülerinnen und Schüler entweder schon volljährig sind oder werden und sich somit selbst entschuldigen können.

Die hohen Fehlzeiten führen zu entsprechenden Lücken im Lernfortschritt, die sich oft gleichmäßig über ganze Lerngruppen verteilen und den Lernerfolg entsprechend gefährden.

Die Verwaltung der Fehlzeiten erzeugt zudem einen enormen administrativen Aufwand der Klassen- und Kursleitungen, meist ohne nennenswerte Konsequenz.

Selbst in der Stellungnahme der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz (SWK) vom Januar 2023 wird vorgeschlagen, Lehrkräfte von Aufgaben außerhalb des Unterrichts zu entlasten.

Eine einfache Unterschriftenliste zu Beginn jeder Unterrichtsstunde und das Abschaffen der Entschuldigungspflicht bei gleichzeitig verbindlicher Anwesenheitsquote (15% erlaubte Abwesenheit bedeutet bei einem Schuljahr mit 40 Wochen immerhin ganze sechs Wochen erlaubte Absenz) würde den Lernerfolg steigern, den administrativen Aufwand minimieren und somit Arbeitszeit und Energie bei den Lehrenden freisetzen, die diese in noch besseren Unterricht investieren könnten!

Die Verpflichtung zur Vorlage ärztlicher Bescheinigungen für Fehlzeiten erzeugt auch jetzt kaum eine Begrenzung der Fehlzeiten, da es aus medizinischer Sicht bei entsprechenden Symptomen schwierig ist, einem Patienten diese Bescheinigung zu verweigern.

Untersuchungen durch die Amtsärzte des Gesundheitsamtes stellen ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen keine gangbare Alternative dar.

Andererseits müssen regelmäßige Interessenten für z.B. den Bildungsgang im beruflichen Gymnasium abgelehnt werden.

ANTRAG 19

Antragsteller: *Ortsverband Südliche Weinstraße*

Betreff: *Anwesenheitsquote*

Antrag:

Wir fordern die Erweiterung der „Landesverordnung über die höhere Berufsfachschule vom 31. Juli 2019“ durch einen Passus zur Einführung einer Anwesenheitsquote von 75 % der Unterrichtsstunden zur Anerkennung des Assistenten-Abschlusses.

Begründung:

Die Forschung hat belegt, dass schon ein Versäumen von zehn Prozent des Schuljahres, einen negativen Einfluss auf die schulischen Leistungen der SuS hat. Gerade im Bildungsgang der HBF haben die Fehlzeiten insbesondere der teilweise erwachsenen SuS in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen und führen zu signifikanten Wissenslücken. (Quelle: <https://schule-zaehlt.de/onewebmedia/3%20Fakten%20%C3%BCber%20Unterrichtsanwesenheit.pdf>)

Ferner werden nach §9 der Landesverordnung zur Abschlussprüfung nur SuS zugelassen, die bis zum Stichtag mindestens zu zwei Dritteln ihr Praktikum absolviert haben. Eine solche Quote gibt es für den schulischen Teil nicht und sollte mit dieser Anwesenheitsquote der Praktikumsquote gleichgestellt werden.

Folgen:

Eine Nichterfüllung dieser Quote im zweiten Schuljahr führt analog zu fehlenden Praktikumstagen zur Nichtzulassung zur Abschlussprüfung.

In Ausnahmefällen soll der Klassenkonferenz zusammen mit der Schulleitung die Möglichkeit eingeräumt werden, eine geringere Anwesenheitsquote zu genehmigen.

Formulierungsvorschlag für den zu ergänzenden Passus des §9 der Landesverordnung zur Abschlussprüfung:

Zu der Prüfung wird zugelassen, wer den Bildungsgang im zweiten Halbjahr des zweiten Schuljahres besucht mit einer Anwesenheitsquote von drei Vierteln über den gesamten Bildungsgang und nachweist, dass das Praktikum nach § 7 Abs. 6 und 7 mindestens zu zwei Dritteln absolviert und die bis dahin erfolgte Teilnahme am Praktikum in der Bescheinigung der Praktikumsstelle als erfolgreich bewertet wurde.

Antrag Nr. 18 wird bei 4 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen mit Mehrheit angenommen; da der Antrag 18 als der weitergehende angesehen wird, entfällt die Beschlussfassung über den Antrag Nr. 19.

ANTRAG 20

Antragsteller: Bezirksverband Koblenz

Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule – allgemeinbildende Fächer

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass zusätzlicher Unterricht in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts der HBF erteilt werden kann.

Begründung:

In der reformierten HBF wurde der Unterricht in Deutsch um 40 Unterrichtsstunden, in Mathematik und 1. Fremdsprache um je 80 Unterrichtsstunden reduziert. Die Lehrpläne und die Prüfungsanforderungen wurden in Englisch nicht angepasst.

Durch die Einsparung von Unterrichtsstunden in den allgemeinbildenden Fächern des Fachhochschulreifeunterrichts haben die HBF-Schülerinnen und -Schüler einen deutlichen Nachteil gegenüber Schülerinnen und Schülern der Fachoberschule (FOS), die 280 Unterrichtsstunden mehr in diesen prüfungsrelevanten Fächern der FH-Reife erhalten und an die gleiche Prüfungsanforderungen gestellt werden. Die Schülerinnen und Schüler der HBF müssen damit höhere Hürden für den schulischen Teil der Fachhochschulreife überwinden.

Die Schülerinnen und Schüler, die Erziehungsberechtigten und die Lehrkräfte der HBF-Oberstufen-Klassen sind zunehmend frustriert, da die Prüfungsanforderungen für die Fachhochschulreife-Prüfungen kaum erreichbar sind.

Antrag Nr. 20: Bei 4 Enthaltungen angenommen.

ANTRAG 21

Antragsteller: Bezirksverband Koblenz

Betreff: Fachhochschulreife in der Höheren Berufsfachschule – Fachhochschulreifeunterricht

Antrag:

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Fortführung des Fachhochschulreifeunterrichts nach der Grundstufe an Leistungskriterien gebunden ist.

Begründung:

Bei einer Vielzahl von Schülerinnen und Schülern der HBF ist bereits nach dem ersten Jahr abzusehen, dass sie den Fachhochschulreifeabschluss nicht erreichen werden. Aktuell ist lediglich eine freiwillige Abmeldung vom Fachhochschulreifeunterricht durch die Schülerinnen und Schüler möglich, dies wird aber in den wenigsten Fällen genutzt.

Durch die Einführung von Kriterien für die Weiterführung des Fachhochschulreifeunterrichts nach der Grundstufe ergibt sich für leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler die Chance, dass sie sich Dank der so reduzierte Wochenstundenzahl, des niedrigeren Anforderungsniveaus (z.B. in Englisch B1 anstatt B2) und der geringeren Prüfungsbelastung auf den Abschluss zum staatlich geprüften Assistenten / zur staatlich geprüften Assistentin fokussieren können.

Antrag Nr. 21: Bei 3 Ablehnungen und 8 Enthaltungen angenommen.

ANTRAG 22

Antragsteller: Ortsverband Trier

Betreff: Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL

Antrag:

Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Unterrichtsfächer BWL und VWL an Berufsbildenden Schulen – besonders im Wirtschaftsgymnasium – erhalten bleiben.

Begründung:

Dieser Antrag spricht für sich selbst!

Antrag 22: Bei 12 Enthaltungen angenommen.

WIR BRAUCHEN EINEN DIGITALEN HAUSMEISTER

Gerade der VLW hat in der Vergangenheit nicht an Kritik an der Bildungspolitik der SPD-geführten Landesregierung gespart. Umso wichtiger und interessanter ist der regelmäßige Meinungsaustausch mit der sie tragenden SPD-Landtagsfraktion. Zu diesem Zweck trafen sich Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß mit Bildungspolitikern und -politikerinnen der Fraktion.

Unterstützung erfuhren die beiden VLW-Vertreter bereits bei ihrem ersten Anliegen, nämlich die Optionen für Teilzeitarbeit im Schuldienst unangetastet zu lassen. Hierzu gehören auch die Möglichkeiten zum Sabbatjahr und der verschiedenen Formen der Altersteilzeit. Alle Varianten der Teilzeit finden ihre Bestätigung darin, dass sie von einem Großteil der Kolleginnen und Kollegen genutzt werden. Laut Bildungsministerium sind 72 Prozent der Lehrkräfte im Land weiblich. Diese kümmern sich in ihren Familien oftmals um Kinder und auch andere Angehörige, so dass sie durch eine auferlegte Reduzierung der Teilzeit vor erhebliche Probleme gestellt würden. Dirk Mettler betonte deshalb folgerichtig, dass die Teilzeit von den Betroffenen nicht ohne Grund gewählt wird und ein erhebliches Pfund für die Attraktivität unseres Berufes darstellt. Sven Teuber, MdL, beteuerte, dass die SPD-Fraktion keine Vorschriften zur Teilzeit machen wolle. Vielmehr wolle man versuchen, die Lehrkräfte zu motivieren, sich von der Teilzeit zu verabschieden, führte Susanne Müller, MdL, weiter aus. Karl-Heinz Fuß erklärte,

dass die deutlich gestiegenen Belastungen, mit denen die Kolleginnen und Kollegen an unseren Schulen konfrontiert werden, einer Reduzierung von Teilzeit entgegenstehen. Sven Teuber verwies hierzu auf Entlastung, die durch Technologie ermöglicht werden soll. Dirk Mettler hielt dem jedoch entgegen, dass wir uns diesbezüglich noch in einer Investitionsphase befinden – im Klartext, dass wir für die Transformation derzeit viel Arbeit aufwenden, bevor wir in späteren Jahren dann hoffentlich in den Genuss der Erleichterungen kommen. Als Beispiel führte er den SchulCampus an, für dessen Betreuung es keine zusätzlichen Anrechnungsstunden geben soll. Somit müssen die Stunden aus der 3/6-Pauschale entnommen werden, obwohl diese für andere wichtige pädagogische Aufgaben gebraucht werden.

Susanne Müller stimmte zu, dass wir uns in einer großen Transformationsphase befinden. Neben der Digitalisierung seien da auch die Herausforderungen durch Migration und Inklusion. Ziel der SPD sei es, die Didaktik mit Blick auf die Zukunft weiterzuentwickeln. Dabei wolle man sich vom „Zentralunterricht“ verabschieden, um der heterogenen Schülerschaft mit ihren individuellen Lernbedürfnissen gerecht zu werden. Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß widersprachen diesem Kurs nicht, betonten aber, dass wir auch für die Schule der Zukunft qualifiziertes Personal benötigen. In Bezug auf die digitale Transformation sind es IT-Expertinnen und -Experten, die



Susanne Müller, MdL



Sven Teuber, MdL



Astrid Schmitt, MdL

wir benötigen, um die, oftmals täglich, anfallenden Probleme mit Soft- und Hardware zu bewältigen. Ein Ticket-System kann das an einer BBS nicht leisten. Stattdessen brauchen wir den digitalen Hausmeister, der permanent vor Ort, d.h. an der Schule, erreichbar ist. Was qualifizierte Lehrkräfte betrifft, so werden diese auch in einer Schule der Zukunft erforderlich sein. Die Unterstützung durch Studenten und PES-Kräfte kann da nur eine Notlösung

sein, die nicht dazu genutzt werden darf, um die Unterrichtsversorgung statistisch besser darzustellen, als sie tatsächlich ist. Sven Teuber stimmte zu und versicherte, dass an Lehrkräften nicht gespart werden soll.

Der VLW bedankte sich bei Astrid Schmitt, MdL, und den weiteren SPD-Vertreterinnen und -Vertretern für das interessante Gespräch.

IM GESPRÄCH MIT BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

RHEINLAND-PFALZ IST BEIM DIENSTFAHRRAD AUF EINEM GUTEN WEG

Dirk Mettler und Karl-Heinz Fuß trafen MdL Daniel Köbler

Nachdem bereits im vergangenen Jahr die gesetzlichen Grundlagen für das Dienstfahrrad der Bediensteten des Landes Rheinland-Pfalz beschlossen wurden, wird derzeit die europaweite Ausschreibung durchgeführt, um einen Dienstleister durch Abschluss eines Leasing-Rahmenvertrags zu beauftragen. Ziel ist es, dass die berechtigten Bediensteten im Laufe 2024 mit höchstmöglichem Digitalisierungsgrad ein Dienstrad leasen können. Die Kritik des VLW, dass sich die Einführung des Job-Rades so lange hinzieht, erwiderte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Hinweis, dass es in Baden-Württemberg sogar insgesamt 2,5 Jahre gedauert hat, bis die Bediensteten das Leasing-Angebot nutzen konnten. Somit befände sich Rheinland-Pfalz auf einem guten Weg.

Bei den Themen Job-Ticket und Zuschuss zum 49-Euro-Ticket trafen die VLW-Vertreter bei Köbler erwartungsgemäß auf offene Ohren. Wenngleich der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) im Flächenland Rheinland-Pfalz (noch) nicht für alle Beschäftigten nutzbar ist, so besteht doch bei einer Vielzahl von VLW-Mitgliedern ein Interesse an einem vonseiten des Dienstherrn bezahlten oder zumindest bezuschussten Ticket. Dass das Angebot des ÖPNV noch deutlich verbessert werden sollte, darin waren sich alle Beteiligten einig.

Zum Thema Bildung und der Situation an unseren Schulen bestätigte Köbler die Bedeutung des Handlungsfeldes. Das Land

Rheinland-Pfalz habe bereits vieles auf den Weg gebracht, beginnend bei der frühkindlichen Bildung, über die Grundschule bis hin zu den weiterführenden Schulen. VLW-Vorsitzender Dirk Mettler verdeutlichte die Bedeutung der berufsbildenden Schulen, die nicht nur aus der Berufsschule als dualem Ausbildungspartner bestehen, sondern auch eine Vielzahl an Wahlschulbildungsgängen bieten. Diese sind ein Garant für die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems, da es faktisch für jeden Abschluss an einer allgemeinbildenden Schule einen Anschluss an einer berufsbildenden Schule gibt, beginnend beim Berufsvorbereitungsjahr, das mit der Berufsreife abschließt, bis hin zum beruflichen Gymnasium, das mit berufsbezogenen Fächern zur Allgemeinen Hochschulreife führt. Ergänzt wird das Angebot durch Weiterbildungsmöglichkeiten in Form von Fachschulen mit vielen verschiedenen beruflichen Fachrichtungen. Dirk Mettler zeigte auf, dass ohne die berufsbildenden Schulen der Drang der Eltern, ihre Kinder, unabhängig von der Begabung, nach der Grundschule auf ein Gymnasium zu schicken noch viel größer wäre. Es bedarf aber noch viel größerer Anstrengungen bei der Information der Eltern zu den Möglichkeiten an den berufsbildenden Schulen.

Schließlich warben die VLW-Vertreter dafür, jetzt schon für den Nachwuchs an Lehrkräften an BBSn zu sorgen. Keinesfalls dürfe die Situation entstehen, dass in wenigen Jahren Bildungsangebote aufgrund von Personal-mangel gestrichen werden müssen. Dies kann nur gelingen, indem das Lehramt an berufsbildenden Schulen attraktiv bleibt, fügte Karl-Heinz Fuß mit Verweis auf den drohenden Fachkräftemangel hinzu.

Ein flächendeckendes Angebot beruflicher Bildung sorgt schließlich auch dafür, dass Schulwege kurz bleiben und somit, ganz im Sinne des einführenden Themas, mit dem ÖPNV und im Idealfall auch mit dem Fahrrad bewältigt werden können.

Die Beteiligten bedankten sich für das Gespräch und vereinbarten, weiterhin regelmäßig in Kontakt zu bleiben.



v.l.n.r.: Karl-Heinz Fuß, Dirk Mettler und Daniel Köbler, MdL

IM GESPRÄCH MIT DER MINISTERIN

BEIM DIGITAL-SUPPORT MÜSSEN DIE SCHULTRÄGER LIEFERN

Was müssen wir tun, damit unsere berufsbildenden Schulen auch mit Blick auf die Zukunft gut aufgestellt sind? Diese Fragestellung bildete den Rahmen für das Gespräch im Bildungsministerium, zu dem Mitglieder des VLW-Landesvorstands von Ministerin Dr. Hubig, ihren beiden Referentinnen Julia Burkard und Ulrike Neumüller sowie Christian Tuldi aus dem Ministerbüro empfangen wurden.

Den Auftakt des Gesprächs bildete die alarmierend niedrige Zahl an Referendarinnen und Referendaren, die zum 1. Mai den Vorbereitungsdienst für berufsbildende Schulen angetreten haben. Mit landesweit 36 Personen wurde dabei ein neuer Minusrekord verzeichnet, gegenüber einer beinahe dreifach so hohen Zahl noch vor wenigen Jahren, zeigte Andreas Seehaus, Mitglied des BPR BBS, auf. Als Ursache für diese besorgniserregende Entwicklung können sicherlich multiple Faktoren vermutet werden, die sich

jedoch nicht in jedem Fall eindeutig identifizieren lassen. Sind die niedrigen Anfängerzahlen möglicherweise eine Nachwirkung der Pandemie, oder wirken sich zwischenzeitlich die zurückhaltenden Einstellungen der letzten Jahre vor dem Hintergrund der rückläufigen Schülerzahlen aus? Oder sind es Abwerbmaßnahmen benachbarter Bundesländer, denen junge Leute nach dem Studium in Rheinland-Pfalz eher folgen mögen? Wenngleich diese Fragen sicherlich jeweils nur einen Anteil an der Gesamtsituation haben, so müsse nun

dringend gegengesteuert werden, betonte die Delegation des VLW. Jürgen Hatzfeld wies auf den fehlenden Bekanntheitsgrad der berufsbildenden Schulen, insbesondere beim potenziellen Lehrkräftenachwuchs, hin. So würden sich viele Abiturientinnen und Abiturienten direkt für ein Studium entscheiden, ohne vorab eine Berufsausbildung zu durchlaufen. Dadurch haben sie kaum Gelegenheit, eine berufsbildende Schule aus eigener Erfahrung kennenzulernen. Dirk Mettler ergänzt, dass sich dies auch auf den Schülernachwuchs auswirkt, wenn sich Eltern nach der Grundschule gegen die Realschule plus entscheiden, obwohl dieser Weg, mit der sich daran anschließenden BBS, bis zum Abitur alle Abschlüsse ermöglicht, die auch im allgemeinbildenden System er-



*v.l.n.r: Ulrike Neumüller (BM),
Jürgen Hatzfeld, Karl-Heinz Fuß,
Andreas Seehaus (VLW),
Ministerin Dr. Stefanie Hubig (BM),
Dirk Mettler, Miriam Schmidle
(VLW) und Julia Burkard (BM)*

reicht werden können. Die Forderung des VLW lautete deshalb, eine entsprechende Kampagne auf den Weg zu bringen, um die berufsbildenden Schulen ins Blickfeld zu rücken. Als gutes Beispiel für eine solche Maßnahme kann die Fachkräfte-Kampagne für Erzieherinnen und Erzieher dienen, die vom Land Rheinland-Pfalz erfolgreich initiiert wurde.

Mit Blick auf die reformierte höhere Berufsfachschule fragten die VLW-Vertreter nach der Durchführung der bei der Umsetzung zugesagten Evaluation. Ulrike Neumüller erklärte dazu, dass die Verzögerung der Pandemie geschuldet sei, und dass die Evaluation nun bald erfolgen solle. Karl-Heinz Fuß kritisierte, dass die ursprünglich in Aussicht gestellte Trennung des Fachhochschulreifeunterrichts vom Unterricht in den niedrigeren Lernbausteinen nur an wenigen großen Schulen des Landes möglich sei. Aufgrund der starken Heterogenität führt die an vielen Standorten gemeinsam erfolgende Beschulung faktisch zur Absenkung des Niveaus im Fachhochschulreifeunterricht. Defizite können von

den betroffenen Schülerinnen und Schülern, die sich anschließend in ein Studium begeben, nur mühsam aufgeholt werden.

Als weitere große Herausforderung sieht der VLW aktuell die digitale Transformation. Während unsere Schulen zunehmend mit der erforderlichen Internet-Bandbreite und Hardware versorgt werden, hapert es immer noch an der für berufsbildende Schulen erforderlichen spezifischen Software. In der Regel muss eine solche, wie z. B. bei SAP4school, aus dem Budget der einzelnen Schule bezahlt werden, was eine BBS schnell an die Grenze ihrer Möglichkeiten bringt oder zu Lasten anderer wichtiger pädagogischer Investitionen erfolgen muss. Als weiterer Schwachpunkt wurde von Miriam Schmidle der an vielen BBS-Standorten unzureichende IT-Support benannt. Seit der Systemumstellung, mit der die Anrechnungsstunden für anwendungsbetreuende Lehrkräfte zugunsten finanzieller Mittel für die Schulträger gestrichen wurden, läuft es vielerorts nicht mehr rund. Durch das Ticketsystem werden Probleme meist erst mit Verzögerung von

mehreren Tagen gelöst. Dies führt bei den Kolleginnen und Kollegen zu Frust und reduziert die Bereitschaft, digitale Lehrmittel im Unterricht einzusetzen. Besonders kritisch kann die Situation werden, wenn Schülerprüfungen am PC abgenommen werden. Hier sind es letztendlich die Lehrkräfte, die, falls erforderlich, für eine schnelle Problemlösung sorgen müssen.

Ministerin Hubig zeigte Verständnis für die Situation, verwies aber auf die Verantwortung der Schulträger, denen für den IT-Support pro Schülerin und Schüler vom Land ein stattlicher Geldbetrag zur Verfügung gestellt wird. Sie sagte zu, die unbefriedigende Umsetzung gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden anzumahnen.

Der VLW-Vorsitzende Dirk Mettler bedankte sich bei der Ministerin und ihren Referentinnen sowie Christian Toldi für das Gespräch. ■

LUNCH & LEARN: IN DER MITTAGSPAUSE DAS VERBRAUCHERWISSEN AUFFRISCHEN

116 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V. aktiv. Sie stellen Beratungsangebote zur Verfügung und bieten Vorträge sowie Online-Seminare an. Teilweise kümmern sie sich auch seelsorgerisch um Bürgerinnen und Bürger, wenn beispielsweise eine Sperrung durch den Energieversorger oder ähnliches ansteht.

Die Verbraucherzentrale wirbt aktuell für die Nutzung ihrer digitalen Angebote. So stehen 60-90minütige Web-Seminare zu relevanten Verbraucherthemen im Programm, zudem gibt es das 30-minütige Format „Lunch & Learn“, bei dem sich Verbraucherinnen und Verbraucher in

der Mittagspause praktisch nebenher zu aktuellen und verbraucherrelevanten Themen informieren können. Bei beiden Formaten haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Wer tiefer in ein Thema einsteigen möchte, kann sich zu einer „Online-Sprechstunde“ anmelden, in der jeweils Fragen zu einem spezifischen Thema besprochen und in Kleingruppen bearbeitet werden.

Die Verbraucherzentrale betreibt unabhängig und praxisnah umfassende Verbraucherberatung zu den Themenkomplexen Geld & Versicherungen, Digitales, Lebensmittel, Umwelt, Gesundheit & Pflege, Energie, Reise und Verträge.

Die Verbraucherzentrale ist eine überwiegend öffentlich finanzierte, gemeinnützige Organisation. Ziel ihrer Arbeit ist es, Verbraucherinnen und Verbraucher in Fragen des privaten Konsums zu informieren, zu beraten und zu unterstützen. Sie verschafft Überblick bei unübersichtlichen Angeboten und Durchblick bei komplexen Marktbedingungen. Und sie benennt Gesundheits- oder Umweltrisikofaktoren, die Kaufentscheidungen beeinflussen können.

Informationen finden Sie im Internet unter www.verbraucherzentrale-rlp.de. Dort können Sie sich auch für den regelmäßig erscheinenden Newsletter registrieren.

Der dbb Rheinland-Pfalz ist einer von zwanzig Mitgliedsverbänden in der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V.

ACHTUNG: FEHLERTEUFEL TREIBT UNWESEN IM VLW-KALENDER

Im VLW-Wand- und Tischkalender für das Schuljahr 2023/24 hat sich ein Fehler eingeschlichen: Rosenmontag, Fastnachtdienstag und Aschermittwoch sind fälschlicherweise in der 8. Kalenderwoche dargestellt. Tatsächlich liegen sie in der 7. Kalenderwoche. Bitte berücksichtigen Sie dies bei Ihren Planungen. Wir empfehlen die umgehende händische Korrektur.

Das VLW-Team entschuldigt sich für diesen Fehler.



IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BVLB

Vorsitzender

Dirk Mettler

Geschäftsstelle

Hildchen 7 • 56077 Koblenz

Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreund.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann

Auflage

1.500 Stück

Druck

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



DER VLW FORDERT:

AUSBILDUNGSKAPAZITÄTEN AUSBAUEN

Den Ausbau der Zahl der Studienplätze für das Lehramt an BBS, verbunden mit einer verbesserten Vergütung für Lehramtsanwärterinnen und -anwärter!

ARBEITSPLATZ SCHULE MODERNISIEREN

Der Arbeitsplatz Schule muss endlich den Anforderungen der Zeit angepasst werden – zu nennen sind hier Personalausstattung, Unterstützung bei der Digitalisierung und Ausweitung der Schulsozialarbeit!

LEHRKRÄFTE ENTLASTEN

Lehrkräfte sollen das tun, wofür sie ausgebildet wurden – wir brauchen dringend Entlastung von Organisations- und Verwaltungsaufgaben!

RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Die Senkung der gebundenen Arbeitszeit, die Anpassung von Klassenfrequenzen und eine früher einsetzende höhere Altersermäßigung!

LAUFBAHNVERORDNUNG ANPASSEN

Die Regelbeförderung nach Besoldungsstufe A14, um den Unterschied zur Privatwirtschaft wenigstens ansatzweise zu vermindern!

**JETZT
MITGLIED
WERDEN!**